

Sprecher Martin Ivancsics erklärte in einer Aussendung: „Das ist ein Schlag gegen die Demokratie im Allgemeinen und auch ein Frontalangriff gegen die historisch gewachsene Vielfalt der österreichischen Volksgruppen im Besonderen.“ Dies sei „ein Schritt zurück in Zeiten, die kein vernünftiger Mensch mehr erleben möchte“,.....

Zadić kritisiert Deutsch als Pausensprache

(Auszugsweise aus: volksgruppen.orf.at/slovenci/meldungen, 24. 3. 2023)

Justizministerin Alma Zadić (Grüne) hat sich kritisch zu dem im niederösterreichischen ÖVP-FPÖ-Arbeitsübereinkommen enthaltenen Passus geäußert, dass Schüler in den Pausen künftig nur noch Deutsch sprechen sollen. Das „ist der falsche Weg“, sagte sie.

Zusätzliche Sprachen „eine Bereicherung“

In der heutigen globalisierten Welt sei „jede Sprache von Vorteil, auch für unsere Wirtschaft“, betonte die Ministerin am Donnerstag bei einem mehrsprachigen Vorlesetag an der Volksschule Brüßlgasse in Wien-Ottakring. Mehrsprachigkeit und sprachliche Vielfalt seien eine Bereicherung. „Den Kindern möchte ich mitgeben, dass sie stolz auf ihre Fähigkeiten sein können“, betonte Zadić. Zusätzliche Sprachen zu sprechen sei jedenfalls „eine Bereicherung – völlig egal, ob es sich dabei um Französisch, Indisch, BKS, Spanisch, Arabisch oder eine andere Sprache handelt“.

Dass Wien eine der lebenswertesten Städte der Welt sei, „liegt auch den Menschen, die hier leben“, sagte Zadić, die ihre Teilnahme an der mehrsprachigen Schulveranstaltung als „Zeichen für eine offene und vielfältige Gesellschaft“ verstand. Gemeinsam mit einer Reihe anderer Gäste trug sie beim Vorlesetag Geschichten in Deutsch und BKS vor.

„Frontalangriff gegen die historisch gewachsene Vielfalt“

Die Ständige Konferenz der Vorsitzenden der österreichischen Volksgruppenbeiräte war empört über die Forderung nach der „Pausensprache Deutsch“. Sprecher Martin Ivancsics erklärte in einer Aussendung: „Das ist ein Schlag gegen die Demokratie im Allgemeinen und auch ein Frontalangriff gegen die historisch gewachsene Vielfalt der österreichischen Volksgruppen im Besonderen.“ Dies sei „ein Schritt zurück in Zeiten, die kein vernünftiger Mensch mehr erleben möchte“, so Ivancsics weiter. Dass sich die Landesregierung zum „Steigbügelhalter der Diskriminierung von Schulkindern“ machen lasse, sei „äußerst besorgniserregend“.

Die neue niederösterreichische ÖVP-FPÖ-Regierung will Deutsch am Schulhof über die Hausordnungen der Schulen durchsetzen – nachdem Oberösterreichs Plan einer direkten rechtlichen Verankerung vor Jahren an Bedenken des Bundeskanzleramts-Verfassungsdienstes gescheitert ist.

Direktoren und Lehrer lehnten das niederösterreichische Vorhaben aber umgehend ab. Eine Deutschpflicht sei nicht umsetz- und nicht kontrollierbar, argumentierten sie. Sie verwiesen darauf, dass die Schulordnungen autonom vom Schulforum (bestehend aus Eltern und Lehrern) bzw. Schulgemeinschaftsausschuss (bestehend aus Schülern, Eltern und Lehrern) gemeinsam mit der Schulleitung erstellt werden.